



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Fürsorgepflicht des Dienstherrn wahrnehmen - Justizvollzugsbedienstete nicht allein lassen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2691

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2736 - selbstständig -

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 20. Februar 2015 überwiesenen Anträgen in mehreren Sitzungen befasst, eine schriftliche und mündliche Anhörung durchgeführt und seine Beratungen am 13. Januar 2016 abgeschlossen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/2691, abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der Stimme der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den selbstständigen Änderungsantrag der Regierungskoalition, Drucksache 18/2736, anzunehmen.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende